

An die Landesvorsitzenden der im Thüringer Landtag vertretenen Parteien  
An die Fraktionsvorsitzenden der im Thüringer Landtag vertretenen Parteien  
An die Landrätin des Landkreises Sonneberg  
An die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Gemeinden und Städte im Landkreis Sonneberg  
An die Thüringer Presse mit der Bitte um Veröffentlichung  
An das Freie Wort Sonneberg mit der Bitte um Veröffentlichung  
An weitere Empfänger zur Kenntnisnahme

Fusion der Gemeinde Oberland am Rennsteig mit der Stadt Sonneberg

Sehr geehrte Damen und Herren,  
wir sind doch sehr verwundert über das in der Landesregierung des Freistaats Thüringen und vor allem auch in der Thüringer CDU offensichtlich vorherrschende Demokratieverständnis. Der lokalen Presse war zu entnehmen, dass man sich auf eine Bürgerbefragung in der Gemeinde Oberland am Rennsteig beruft, mit der angeblich der Bürgerwille ermittelt wurde. Jeder weiß, dass eine Bürgerbefragung keine politische Entscheidung darstellt. Weiterhin ist allgemein bekannt, dass man bei einer Bürgerbefragung auch das Ergebnis sehr leicht durch geschickte Fragestellung und andere Massnahmen beeinflussen kann. Das Ergebnis ist also von vornherein nicht repräsentativ und damit nichtig.

Weiterhin ist es sehr interessant oder vielmehr erschreckend Zitate von MdL Frau Beate Meißner zu vernehmen, dass die Aufnahme Judenbachs in die Stadt Sonneberg ja quasi ebenfalls bereits beschlossene Sache wäre.

Die Politiker der CDU scheinen sich offensichtlich weniger als Volksvertreter sondern eher als absolutistische Regenten zu betrachten.

Bereits Anfang der 1950er Jahre wurde mit den, mit der Schaffung der Bezirke der DDR einhergehenden, Kreisgebietsreformen viel Murks betrieben, indem historisch gewachsene und zusammengehörende Gemeinden und Gebiete auseinander gerissen und neue künstliche Gebilde geschaffen wurden. Diese wahrlich unsinnige Entwicklung setzte sich Anfang der 1990er Jahre noch extremer fort und hält offensichtlich bis heute an. Warum z.B. kann man nicht einfach den Rennsteig als historische politische und immer noch aktuelle kulturelle Grenze zwischen Franken und Obersachsen/Thüringen akzeptieren? Lag und liegt hier eventuell auch eine Absicht zur thüringischen Unterwanderung des fränkischen Teils des Freistaats Thüringen vor?

Auch die Planungen der SPD Thüringen zu den sogenannten Monsterlandkreisen lassen sehr deutlich erkennen, dass man im Freistaat Thüringen offensichtlich kein großes Interesse an Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit und der Wahrung gewachsener Strukturen und von regionalen und kulturellen Identitäten der Bevölkerung hat.

Das neue Konstrukt für die Stadt Sonneberg bestätigt für jeden Betrachter sehr leicht und schon beim ersten Blick auf die Landkarte das hohe Maß an Bürgerunfreundlichkeit und nicht vorhandener gewachsener Struktur.

Der Verdacht liegt schon fast klar erkennbar auf der Hand, dass lediglich machtpolitische Überlegungen und Absichten hinter diesen unsinnigen Bestrebungen stecken können.

Nicht nur im Interesse der fränkischen sondern auch der thüringischen Bevölkerung des Freistaats Thüringen möchten wir Sie bitten, dieser Entwicklung endlich ein Ende zu bereiten. Stattdessen sollte man einen Rückbau in gewachsene Strukturen planerisch in Betracht ziehen, um so dann aus diesem Standpunkt heraus vernünftige neue Komplettlösungen zu erarbeiten. Die planlose Flickschusterei der letzten mehr als 60 Jahre muss endlich ein Ende haben. Nur so wird es möglich sein, die auch laut dem Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 geforderte Schaffung von Grundzentren mit mindestens 5.000 Einwohnern vernünftig umzusetzen. Im Landkreis Sonneberg hat hier mittlerweile z.B. die fränkische Stadt Schalkau bereits keine vernünftigen Optionen mehr, da das historische

zugehörige Rauenstein zur mittlerweile recht großen fränkischen Gemeinde Frankenblick und die fränkischen ehemaligen Gemeinden/Orte Steinheid und Siegmundsburg zur thüringischen Stadt Neuhaus am Rennweg gehören.

Außer einer umfassenden und sinnvoll geplanten Schaffung von Grundzentren mit mindestens 5.000 Einwohnern, sollten alle weiteren Gebietsreformpläne endgültig verworfen werden, bis die wirklichen finanziellen Probleme Thüringens (Ende des Solidarpakts II 2019, Zwang zur Neuschuldenvermeidung ab 2020 und Haushalt derzeit nur zu zwei Dritteln aus eigenen Steuereinnahmen gedeckt) gelöst sind. Erst einmal kostenverursachende Kreisgebietsreformen, für die bis heute Kosteneinsparungen nicht nachgewiesen sind, und unsinnige Gemeindefusionen werden diese Probleme nicht lösen! Die Schaffung entsprechender neuer Grundzentren muss mittels Bürgerentscheid direkt von der Bevölkerung der betroffenen Kommunen beschlossen werden.

Mit freundlichen Grüßen aus Henneberg-Franken aka Südthüringen

Martin Truckenbrodt

Vorstand

Henneberg-Itzgrund-Franken e.V. (i.G.)

<http://www.henneberg-itzgrund-franken.eu>